

Kranksein verboten! Einspruch gegen Zero Covid.

Die Coronazeit wirkt wie ein Brennglas. Zuvor schon vorhandene Problemfelder verstärken sich: Frauen verlieren als erste ihre Arbeitsplätze und sind in den privaten Bereich – mit neuen, alten Funktionen, als Lehrerinnen, Kinder- und Freizeitpädagoginnen – verwiesen, was ihre Position als armutsgefährdetes Geschlecht weiter befestigt. Die Politik beklagt die hohe Arbeitslosigkeit, die sie durch die Lockdowns selbst verordnet hat, und setzt lauthals auf Umschulung und andere Weiterbildungsmaßnahmen, so, als ob mangelnde Kompetenzen das vordergründige Problem wären...

Ein Thema, das bis jetzt kaum Erwähnung fand, ist das sich seit Jahrzehnten schleichend etablierende – ich nenne es – Krankheitsverbot.

Als Kind der 1970er Jahre habe ich gelernt, dass es bei Krankheit eine solidarisch verstandene soziale Absicherung gibt: Wer an einer chronischen physischen oder psychischen Erkrankung leidet, kann mit einer Existenzsicherung durch Leistungen aus der Pensionsversicherung oder der Sozialhilfe rechnen.

Nach dem radikalen neoliberalen Ab- und Umbau der sozialen Wohlfahrt ab den 1990er Jahren war die geltende Praxis meiner Kindheit im Jahr 2014 ganz zu Ende. Der damalige sozialdemokratische (!) Sozialminister ließ verlauten, dass niemand mehr in Pension gehen werde, der nicht seinen Kopf unterm Arm trage. Weitgehende Verschärfungen, die letztlich nichts anderes im Sinne hatten als den Zugang zu Pension und zahlreichen Sozialleistungen zu erschweren, sind damals in Kraft getreten. So auch das sogenannte Rehabilitationsgeld, eine Leistung, die längerfristig kranken Personengruppen für ein oder zwei Jahre gewährt wird, allerdings an streng kontrollierte Auflagen gekoppelt ist. Jede PatientIn muss einem individuellen Rehabilitationsplan folgen und die BehandlerInnen sind in die Pflicht genommen, die „ausreichende Mitarbeit“ am Genesungsprozess schriftlich zu bestätigen. Ähnliche Maßnahmen, die sich der permanenten Aktivierung und Optimierung verschrieben haben, gelten auch für den Zugang zur Mindestsicherung. Letztlich ist darin die Botschaft verpackt, dass Kranksein an sich nicht vorgesehen – eigentlich verboten – ist. Die Umbenennung von Krankenkasse in Gesundheitskasse ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

Was – so könnte gefragt werden – hat das mit Corona zu tun? Wie an den genannten Umstrukturierungen deutlich zu erkennen ist, waren wir bereits vor Covid in eine Zeit der Gesundheitspflicht eingetreten, die jetzt in einen „Gesundheitsterror“ (Agamben) ausartet. Man könnte den Begriff des Terrors erbost beiseiteschieben und einwenden, dass die

Coronamaßnahmen doch nur zu unser aller Schutz seien, wenn doch so viele Menschen sterben und erkranken! Keineswegs zweifle ich an der Tatsache von Leid und Tod. Das ist in jedem Fall tragisch. Und ebenso wende ich mich nicht gegen Überlegungen, wie mit dieser Situation umzugehen sei.

Woran ich aber erinnern möchte, ist, dass das Wohlergehen der Bevölkerung im Sinne des guten Lebens nie das vordergründige Interesse politischer Gesundheitsmaßnahmen war und ist, sondern vielmehr die optimale Dienstbarmachung für die Kapitalverwertung sowie herrschende und zukünftige Machtformationen. Es ist das, was Michel Foucault unter dem Begriff „Biopolitik“ zusammengefasst hat. Exemplarisch können wir etwa an die sogenannte Befreiung der „Irren“ von den Ketten denken, die in Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts ihren Anfang nahm. Gerne wird diese Geschichte ausschließlich als Befreiungs- oder Emanzipationsgeschehen im Kontext der Medizin tradiert. Schaut man sich die politischen und ökonomischen Umwälzungen dieser Zeit an – die Industrialisierung nimmt volle Fahrt auf – so wird schnell klar, dass es nicht vordergründig um die Befreiung oder das Wohlergehen der in den Asylen Eingekerkerten ging, sondern vielmehr um deren Eingliederung in die zur Pflicht avancierten Erwerbsarbeit. Oder denken wir an die in Wellen mehr oder weniger regelmäßig auftauchende Fragestellung, ob Säuglinge besser gestillt oder mit der Flasche ernährt werden sollten. Diese Frage ist nur in einem sehr eingeschränkten Maße eine der Gesundheit oder dem Wohl von Mutter und Kind dienende, sondern eine, die immer dann auftaucht, wenn Frauen als Arbeitskräfte vonnöten sind oder umgekehrt ein Zuviel an verfügbaren Arbeitsplätzen besetzen.

Wenn wir die aktuelle Situation aus dieser Perspektive befragen, zeigt sich, dass das Versprechen, bald wieder in die „alte Normalität“ zurückkehren zu können, wenn wir nur unseren Gesundheitspflichten (Hygiene, Maske, Abstand, Isolation, Social distancing) nachkommen, nicht deshalb kolportiert wird, damit es uns gut geht, so wie unsere Liebsten sich wünschen, dass wir wohlauf sind. Das politische Interesse an unserer Gesundheit ist immer auch eines, das auf ein *Nach-der-Krise* verweist. Und da braucht es gesunde, ausbeutbare Körper und Psychen, die dem Kapitalismus neoliberaler Prägung wieder Nahrung verleihen sollen.

Wenn also namhafte DenkerInnen der akademischen Intelligenzija einen europäischen Shutdown fordern, mit dem Ziel, die Neuinfektionen auf Null zu drücken, zeigt das erstens, dass die Gesundheitspflicht bereits integraler Bestandteil ihres (politischen) Denkens ist und

zweitens – was ich tatsächlich für gefährlich halte –, dass sie einem Reinheitsphantasma aufsitzen, das sich wie jedes Reinheitsphantasma in ein autoritäres Regime auswachsen kann.

Deshalb ist die zentrale Frage in Coronazeiten: Können wir in die „alte Normalität“ zurückwollen? Wollen wir die bereits zuvor bestehenden Problemfelder wieder freudig begrüßen (denn, was sind die schon gegenüber Corona?) oder lässt uns das Coronabrennglas zu dem Schluss kommen, dass wir anders leben wollen? Diese Fragestellung scheint derzeit alles andere als populär.

Sie ist deshalb unpopulär, weil wir heute unter Politik ausschließlich das bio- und psychopolitische Verwalten, Verteilen und Kontrollieren verstehen – also etwas, das ebenso gut ManagerInnen bewerkstelligen könnten. Wenn wir die Frage nach dem guten Leben für alle wirklich stellen wollen, müssen wir uns daran erinnern, was das Politische eigentlich kennzeichnet, nämlich einen öffentlichen Raum der Ebenbürtigkeit, der sich durch das Sehen und Gesehenwerden, das Hören und Gehörtwerden, den Austausch von Meinungen und der Möglichkeit zur Urteilsbildung auszeichnet.

Es muss uns deshalb in Coronazeiten aufhorchen lassen, welche Dimension das Verständnis des Politischen als Gesundheitsverwaltungsmaschinerie erreicht hat. Wenn sie der Initiative Zero Covid noch immer nicht weit genug geht, leistet sie unter der Überschrift des Lebensschutzes einer Entwicklung Vorschub, die uns hinterrucks der politischen Teilhabe beraubt, indem sie uns auf unbestimmte Zeit in den privaten Raum verbannt. Die griechische Antike hatte für diese Existenzweise einen Ausdruck, nämlich jenen des Idioten, des Privatmenschen, der von den öffentlichen Angelegenheiten ausgeschlossen war.

Obwohl Hannah Arendt das Krankheitsverbot unserer Zeit nicht kannte, so wusste sie doch ganz genau um die Gefahren einer Gesellschaft, die den politischen Raum dem bloßen Überleben opfert: „In ihrem letzten Stadium verwandelt sich die Arbeitsgesellschaft in eine Gesellschaft von Jobholders, und diese verlangt von denen, die ihr zugehören, kaum mehr als ein automatisches Funktionieren“. Und das wäre nichts anderes als dass „der Mensch sich anschicken könnte, sich in die Tiergattung zu verwandeln“.

Angelika Grubner arbeitet als Psychotherapeutin und studiert Philosophie an der Universität Wien.